



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses
am 13.12.2017**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale)

Zeit: 16:00 Uhr bis 16:49 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Dr. Bernd Wiegand	Ausschussvorsitzender, Oberbürgermeister
Harald Bartl	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Vertreter für Herrn Bönisch
Dr. Annegret Bergner	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Scholtyssek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Ulrike Wünscher	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Vertreterin für Herrn Dr. Wöllenweber
Hendrik Lange	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Elisabeth Nagel	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Johannes Krause	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Tom Wolter	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM
Dr. Inés Brock	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Verwaltung

Egbert Geier	Bürgermeister
Uwe Stäglin	Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt
Dr. Judith Marquardt	Beigeordnete für Kultur und Sport
Katharina Brederlow	Beigeordnete für Bildung und Soziales
Sabine Ernst	Leiterin Büro des Oberbürgermeisters
Oliver Paulsen	Grundsatzreferent
Marco Schreyer	Leiter Fachbereich Recht
Jenny Falke	stellvertretende Protokollführerin

Entschuldigt fehlten:

Bernhard Bönisch	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

zu **Einwohnerfragestunde**

Frau Bier fragte, welche kulturellen Angebote alternativ in der Hafenstraße 7 vorgesehen seien, sollte das Projekt „Hasi“ wegfallen. Beispielhaft nannte sie stattfindende Veranstaltungen wie die Jam-Session, ein Eltern- oder Lesecafé oder eine Selbsthilfwerkstatt.

Frau Dr. Brock sagte, dass diese Situation hoffentlich nicht eintreten wird.

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde von **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** eröffnet und geleitet. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand schlug folgende Änderungen zur Tagesordnung vor:

TOP 5.1

Zweckvereinbarung zur Gestaltung eines zukunftsorientierten Strukturwandels im Mitteldeutschen Braunkohlerevier

Vorlage: VI/2017/03517

- **absetzen**
- **gleiche Voten in den Fachausschüssen**

TOP 5.2

Verwendung der Mittel des Landes Sachsen-Anhalt gemäß § 8 und §9 ÖPNV – Gesetz des Landes Sachsen-Anhalt (ÖPNV G LSA) für das Jahr 2018 und die Höhe der Mittel für den Ausgleich verbundbedingter Belastungen

Vorlage: VI/2017/03469

- **absetzen**
- **gleiche Voten in den Fachausschüssen**

TOP 5.3

Marktsatzung der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VI/2017/03202

- **zurückgezogen**

TOP 5.3.1

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Marktsatzung der Stadt Halle (Saale)" VI/2017/03202

Vorlage: VI/2017/03666

- **erledigt**

TOP 5.4. + ÄA 5.4.1, 5.4.2, 5.4.3

2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2016/02672

→ **von der Verwaltung vertagt**

TOP 5.5

Wirtschaftsplan 2018 Eigenbetrieb Kindertagesstätten Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VI/2017/03263

→ **absetzen**

→ **gleiche Voten in den Fachausschüssen**

TOP 5.6

Wirtschaftsplan 2018 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA)

Vorlage: VI/2017/03437

→ **absetzen**

→ **gleiche Voten in den Fachausschüssen**

TOP 6.2

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Präventionsrat

Vorlage: VI/2017/03369

→ **absetzen**

→ **gleiche Voten in den Fachausschüssen**

TOP 6.4

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD, CDU/FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Ausschreibung des Fanprojektes an einen freien Träger

Vorlage: VI/2017/03457

→ **in den Fachausschüssen vertagt**

Im Weiteren machte er auf folgende Änderungen und Ergänzungen aufmerksam:

TOP 6.1

Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Verbesserung von Reinigungsleistungen an Schulen in städtischer Trägerschaft

Vorlage: VI/2017/03053

→ **Ergänzungen im Beschlussvorschlag**

TOP 6.3

Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) - Mindesthonorar für freie Lehrkräfte an der Volkshochschule "Adolf Reichwein" und am Konservatorium "Georg Friedrich Händel", Musikschule der Stadt Halle

Vorlage: VI/2017/03453

→ **Änderungen im Beschlussvorschlag**

Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung gab es nicht, sodass **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 15.11.2017
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
 - 5.1. *Zweckvereinbarung zur Gestaltung eines zukunftsorientierten Strukturwandels im Mitteldeutschen Braunkohlerevier*
Vorlage: VI/2017/03517 abgesetzt
 - 5.2. *Verwendung der Mittel des Landes Sachsen-Anhalt gemäß § 8 und §9 ÖPNV – Gesetz des Landes Sachsen-Anhalt (ÖPNV G LSA) für das Jahr 2018 und die Höhe der Mittel für den Ausgleich verbundbedingter Belastungen*
Vorlage: VI/2017/03469 abgesetzt
 - 5.3. *Marktsatzung der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: VI/2017/03202 zurückgezogen
 - 5.3.1. *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Marktsatzung der Stadt Halle (Saale)" VI/2017/03202*
Vorlage: VI/2017/03666 erledigt
 - 5.4. *2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: VI/2016/02672 vertagt
 - 5.4.1. *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale)", Vorlage: VI/2016/02672*
Vorlage: VI/2017/03591 vertagt
 - 5.4.2. *Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage mit der Vorlagen-Nummer VI/2016/02672*
Vorlage: VI/2017/03668 vertagt
 - 5.4.3. *Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: VI/2017/03667 vertagt
 - 5.5. *Wirtschaftsplan 2018 Eigenbetrieb Kindertagesstätten Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: VI/2017/03263 abgesetzt
 - 5.6. *Wirtschaftsplan 2018 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA)*
Vorlage: VI/2017/03437 abgesetzt
 - 5.7. *Jahresabschluss 2016 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA)*
Vorlage: VI/2017/03430

6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 6.1. Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Verbesserung von Reinigungsleistungen an Schulen in städtischer Trägerschaft
Vorlage: VI/2017/03053 *erledigt*
 - 6.2. *Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Präventionsrat*
Vorlage: VI/2017/03369 *abgesetzt*
 - 6.3. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) - Mindesthonorar für freie Lehrkräfte an der Volkshochschule "Adolf Reichwein" und am Konservatorium "Georg Friedrich Händel", Musikschule der Stadt Halle
Vorlage: VI/2017/03453 *erledigt*
 - 6.4. *Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD, CDU/FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Ausschreibung des Fanprojektes an einen freien Träger*
Vorlage: VI/2017/03457 *vertagt*
 - 6.5. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Ergänzung der Richtlinie für die Gewährung von Zuschüssen zur Förderung von städtepartnerschaftlichen Beziehungen
Vorlage: VI/2017/03545
 - 6.6. Antrag des Stadtrates Markus Klätte zur Geschäftsordnung des Stadtrates Halle (Saale) und seiner Ausschüsse
Vorlage: VI/2017/03476
7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
8. Mitteilungen
 - 8.1. Information zur Anregung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Information über den Winterdienst auf städtischen Radwegen
 - 8.2. Information zur Anregung von Herrn Bernstiel zu Stadtteilkonferenzen
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 15.11.2017

Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift vom 15.11.2017, sodass **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Es lagen keine in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse zur Bekanntgabe vor.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 6.5 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Ergänzung der Richtlinie für die Gewährung von Zuschüssen zur Förderung von städtepartnerschaftlichen Beziehungen Vorlage: VI/2017/03545

Frau Dr. Brock führte im Namen der Fraktion in den Antrag ein und verdeutlichte dessen Ansinnen. Die Fördermöglichkeiten für Bürgerreisen und Schüleraustauschfahrten sollten ausgeweitet werden, um so erhöhte Fahrtkostenzuschüsse für Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu ermöglichen, die sonst bei zu hohen Fahrtkosten nicht teilnehmen könnten.

Herr Paulsen erinnerte an die damalige Diskussion und die daraus resultierende Verständigung, dass in erster Linie die städtepartnerschaftlichen Beziehungen und die agierenden Akteure unterstützt werden sollen. Mit der vorliegenden Richtlinie ist dies auch sehr gut gelungen. Mit Stand Dezember 2017 sind bereits 19.000 Euro (von 25.000 Euro) aufgebraucht. Die Förderung einzelner Personen zur Teilnahme an Bürgerreisen und Schüleraustauschfahrten ist in anderer Weise möglich. Eine Ergänzung der vorliegenden Richtlinie ist seitens der Verwaltung daher nicht nötig. Die antragstellende Fraktion sollte konkrete Änderungsvorschläge formulieren.

Frau Dr. Brock griff dies auf und erklärte, dass sozial benachteiligte Personen eine entsprechende Bezuschussung erhalten sollen.

Herr Paulsen sagte, dass mit der Richtlinie das Vorhaben einer Initiative oder eines Vereins unterstützt werden soll. Sollte der Einzelne auch die Möglichkeit erhalten, nach der Richtlinie Förderanträge stellen zu können, so wäre die Richtlinie und die Verfahrensweise in Gänze zu ändern.

Frau Ernst erinnerte an die Diskussion im Stadtrat. Damalige Sorge der Fraktion war, dass aufgrund von bürokratischen Hemmnissen keine Anträge gestellt werden und die Mittel nicht abgerufen werden. Die Verwaltung hatte verdeutlicht, dass die vom Stadtrat beschlossene neue Richtlinie erst einmal in den Initiativen beworben werden musste. Dies ist erfolgt und spiegelt sich auch im Abruf der Mittel wider.

Herr Wolter merkte an, dass die Verwaltung dem Ansinnen des Antrages bereits nachgekommen ist, so wie von Herrn Paulsen dargestellt. Er empfahl der antragsstellenden Fraktion eine Erweiterung des Antrages, im Sinne einer Auftragserteilung zur Anpassung der Richtlinie für die Gewährung von Zuschüssen zur Förderung von städtepartnerschaftlichen Beziehungen mit Fristsetzung.

Herr Dr. Wiegand schloss sich der Empfehlung von Herrn Wolter an.

Dieser Ansatz wurde von **Frau Dr. Brock** aufgenommen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **zugestimmt nach Änderungen**

Beschlussvorschlag:

~~Die Stadtverwaltung wird beauftragt Änderungen in der Richtlinie für die Gewährung von Zuschüssen zur Förderung von städtepartnerschaftlichen Beziehungen zu prüfen, die erhöhte Fahrtkostenzuschüsse bei Bürgerreisen und Schüleraustauschfahrten für sozial benachteiligte Teilnehmer*innen ermöglichen.~~

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Richtlinie für die Gewährung von Zuschüssen zur Förderung von städtepartnerschaftlichen Beziehungen dahingehend anzupassen, erhöhte Fahrtkostenzuschüsse bei Bürgerreisen und Schüleraustauschfahrten für sozial benachteiligte Teilnehmer*innen zu ermöglichen. Dem Stadtrat wird ein Änderungsvorschlag bis Februar 2018 vorgelegt.

**zu 6.6 Antrag des Stadtrates Markus Klätte zur Geschäftsordnung des Stadtrates Halle (Saale) und seiner Ausschüsse
Vorlage: VI/2017/03476**

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand machte darauf aufmerksam, dass der Antragsteller nicht anwesend ist und daher eine Einbringung des Antrages nicht erfolgen kann.

Herr Scholtyssek fragte nach der Einschätzung des Fachbereichs Rechts hinsichtlich der Regelung des § 58 Abs. 1 Satz 3 Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA), in dem festgeschrieben ist, dass auf Verlangen des Vorsitzenden und jedes Mitglieds der Vertretung dessen Erklärung wörtlich in der Niederschrift festzuhalten ist. Dies müsste dann auch in der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse festgeschrieben sein.

Herr Schreyer erklärte, dass der § 58 KVG LSA bestimmte Mindestvoraussetzungen zur Erstellung einer Niederschrift vorschreibt, welche auch zwingend einzuhalten sind. In Ergänzung dessen regelt die Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse bestimmte Vorschriften, sofern diese den Regelungen des KVG LSA nicht widersprechen. Die Intention des Antragsstellers ist zulässig.

Frau Dr. Brock fragte, inwieweit dies ein Mehraufwand für die Verwaltung darstellen würde.

Frau Ernst sagte, dass der Anteil der beantragten Wortprotokolle bereits heute umfangreich ist. Die Verwaltung kommt der gesetzlichen Regelung nach.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschlussempfehlung:

§ 16 (2) der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Halle(Saale) und seine Ausschüsse wird wie folgt geändert:

Auf Antrag **eines Mitgliedes des Stadtrates** ~~des Oberbürgermeisters oder einer Fraktion~~ (bis Dienstag nach der Stadtratssitzung) werden bestimmte zu benennende Passagen als Wortprotokolle abgefasst. Das Wortprotokoll ist Bestandteil der Niederschrift.

zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 8 Mitteilungen

zu 8.1 Information zur Anregung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Information über den Winterdienst auf städtischen Radwegen

Frau Ernst sagte, dass eine Beantwortung bereits im gestrigen Finanzausschuss erfolgt ist.

zu 8.2 Information zur Anregung von Herrn Bernstiel zu Stadtteilkonferenzen

Bezugnehmend auf die Anregung von Herrn Bernstiel, regelmäßig einmal im Quartal Stadtteilkonferenzen in den fünf Kommunalwahlbereichen durchzuführen, informierte **Herr Paulsen**, dass dies keine geeignete Form darstellt. Stadtteilkonferenzen für einen so großen Teilraum sind nicht zielführend, es bedarf dafür einer Struktur beispielsweise eines Stadtteilparlaments. Man werde weiterhin in allen Teilräumen die Form der Zukunftswerkstätten nutzen, bis es eine Änderung im KVG diesbezüglich gibt.

zu 8.3 Information zur Sekundarschule Heinrich Heine

Frau Brederlow informierte, dass die Sekundarschule Heinrich Heine in Halle-Neustadt im nächsten Schuljahr zu einer Gemeinschaftsschule wird.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 9.1 Anfrage Frau Dr. Wünscher zur Verleihung des Kunstpreises der Stadt Halle (Saale)

Frau Dr. Wünscher fragte, nach welchem Kriterium die Einladungsliste zur Verleihung des Kunstpreises der Stadt Halle (Saale) erstellt wurde. Ihrer Kenntnis nach erfolgte keine Einladung für die Mitglieder des Kulturausschusses oder der Fraktionsvorsitzenden.

Frau Ernst sagte, dass die Einladungsliste vom Kunstverein in eigener Verantwortung erstellt wird.

zu 9.2 Anfrage Herr Wolter zur Planung einer Schule am Holzplatz

Herr Wolter fragte nach der Planung einer Schule am Holzplatz und inwiefern eine Beteiligung des Rates erfolgen wird.

Frau Brederlow sagte, dass der Stadtrat in die Planungen einbezogen wird.

zu 9.3 Anfrage Frau Dr. Bergner zur Leopoldina

Frau Dr. Bergner erinnerte an eine Anfrage zur Leopoldina aus der Sitzung des Hauptausschusses im November. Sie fragte, was die Verwaltung unternimmt, um die besondere Nähe zur Leopoldina zum Ausdruck zu bringen.

Frau Ernst sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 9.4 Anfrage Frau Dr. Brock zur Berichterstattung getätigter Grundstücksverkäufe

Frau Dr. Brock fragte, wann die Berichterstattung über Grundstücksverkäufe von der Verwaltung vorgelegt wird.

Frau Dr. Marquardt sagte, dass die Vorlage derzeit erarbeitet wird.

zu 9.5 Anfrage Frau Dr. Brock zur Informationsvorlage umgesetzter Beschlüsse

Frau Dr. Brock fragte, wann die Informationsvorlage zum Stand der umgesetzten Beschlüsse des Stadtrates und seiner beschließenden Ausschüsse vorgelegt wird. Diese sollte halbjährig dem Rat vorgelegt werden, zuletzt wurde dies im März getan.

Herr Paulsen sagte, dass dem Stadtrat die Informationsvorlage im Januar 2018 vorgelegt wird.

zu 10 Anregungen

Es wurden keine Anregungen gegeben.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand beendete die öffentliche Sitzung des Hauptausschusses und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister

Jenny Falke
stellvertretende Protokollführerin